

Das Grenz-Echo unterhielt sich mit Migrationsforscher Klaus J. Bade über Chancen und Probleme von Zuwanderung

»Die Festung Europa bietet ein makabres Bild«

■ Von Martin Klever

Immer mehr Migranten, die den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen und das Sozialsystem ausbeuten: So lautet ein viel zitiertes Klischee, das längst nicht nur an den Stammischen zu hören ist. Steht aber tatsächlich ein Großteil der Bürger Ausländer so feindlich gegenüber? Und ist Zuwanderung nicht sogar nötig, um ein zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell zu entwerfen?

Hierüber unterhielt sich das Grenz-Echo mit dem Historiker Prof. Dr. Klaus J. Bade. Er ist Migrationsforscher und Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin.

Herr Bade, der Begriff Migration ist nach wie vor negativ behaftet. Dabei sind Völkerwanderungen alles andere als ein neuzeitliches Phänomen. Wieso aber nimmt die ablehnende Positionierung vieler Bürger gegenüber Zugewogenen in der jüngsten Vergangenheit weiterhin zu?

So pauschal kann man von einer ablehnenden Haltung gegenüber Migration keineswegs sprechen. Die Bürger haben eher nüchterne und interessengeleitete Einstellungen. Das aktuelle Migrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) zeigt: Rund 64% der Personen ohne Migrationshintergrund und 61% der Personen mit Migrationshintergrund sind der Ansicht, dass die Abwanderung bei uns zu hoch ist. Fast 60 Prozent der Bevölkerung befürworten einen Zuzug von Hochqualifizierten, rund 70 Prozent votieren gegen eine Zuwanderung von Geringqualifizierten, und rund die Hälfte der Befragten ohne Migrationshintergrund befürwortet eine erleichterte Aufnahme von Flüchtlingen. Man muss also genauer hinsehen und sich vor Pauschalurteilen hüten.

Viele Bürger stehen Migranten dennoch skeptisch gegenüber. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Faktoren wie das Alter, das Geschlecht und das Bildungsniveau?

Auch das ist eine überzogene Einschätzung. Das im Mai 2010 vorgelegte SVR-Integrationsbarometer fragte nach dem wechselseitigen Vertrauen in der Einwanderungsgesellschaft, also zwischen Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung. Ergebnis: Die Zuwandererbevölkerung vertraut der Mehrheitsbevölkerung mit 62% stärker als diese sich selbst (54%). Mit sinkendem Bildungsniveau und steigender Arbeitslosigkeit nahm dieses Vertrauen aber ab, unabhängig davon, ob die Befragten einen Migrationshintergrund hatten oder nicht.

Welche Rolle kann die Politik überhaupt bei der Regulierung der Zuwanderungsströme spielen? Mit einem strikteren Asylrecht und höheren Grenzzäunen an den EU-Außenposten kann es doch sicherlich nicht getan sein, oder?

Innerhalb Europas ist fast nichts mehr zu regulieren, denn innerhalb der EU herrscht Freizügigkeit, auch wenn es dabei noch mancherlei Stolpersteine gibt, z.B. im Blick auf Probleme des internationalen Sozialrechts, etwa was die »Mitnahme« von Renten angeht. Gegenüber Drittstaaten gibt es eine große Vielfalt von nationalstaatlichen Regelungen, aber nur wenige und zudem schwache gemeinsame Regelungsangebote, z.B. durch die »Blue card«. Und im Blick auf ihre Asylpolitik bietet die »Festung Europa«, trotz aller Proklamationen, in der Praxis nach wie vor ein makabres Bild, weil ihre Politik vor allem an nationalen Interessen orientiert und auf Flüchtlingsabwehr ausgerichtet ist. Das zeigte zuletzt die Haltung gegenüber Flüchtlingen aus den revolutionären Schwellenländern in Nordafrika.

Gibt es überhaupt verlässliches Datenmaterial in Bezug auf die aktuellen Migrationsströme in Europa? Schließlich gibt es diesbezüglich vielfältige und komplexe Unterscheidungsformen. Man spricht von Migranten und Flüchtlingen wie auch von legalen und illegalen, befristeten, dauerhaften und wiederholten Zuwanderungen. Wie kann da der Überblick behalten werden?

Es gibt sogar sehr viele Daten über Migration, wenn auch nicht immer mit der zureichenden Differenzierung und nicht für alle Gruppen. In Deutschland weiß man so gut wie nichts über Bildungsstand und berufliche Qualifikation von im Land lebenden Flüchtlingen und auf Zeit »Geduldeten«. Schwierig wird es, die vorhandenen Daten aufeinander zu beziehen. Die europäischen Staaten haben sich zwar verpflichtet, sich um eine Angleichung ihrer Daten zu bemühen, aber passiert ist in dieser Hinsicht wenig. Ein Beispiel: Schon innerhalb Deutschlands gibt es verschiedene Definitionen von »Migrationshintergrund«, je nachdem, ob dabei nur an zwei oder drei Generationen gedacht wird. Noch schwieriger wird es, wenn man deutsche und österreichische Daten dazu vergleichen will; denn bei



Flüchtlinge aus Nordafrika stehen dicht gedrängt auf einem Boot, das in Lampedusa anlegt. Angesichts vieler Flüchtlinge auf dem Weg nach Norden gleicht Europa einer Festung. Politiker sprechen von Flüchtlingen-»Strom«, »Welle« oder gar »Tsunami« - als sei halb Nordafrika kurz davor, Europa zu überrennen.

den Deutschen genügt ein Elternteil zum »Migrationshintergrund«, in Österreich müssen beide Eltern aus dem Ausland gekommen sein. Wer so etwas nicht weiß, kommt bei Datenvergleichen zu absurden Ergebnissen.

Wie stufen Sie die aktuellen Migrationsbewegungen in Europa ein? Gibt es Länder, die mit den Zuwandererströmen besonders gut bzw. schlecht klar kommen?

Eindeutiger Trend ist dabei die stärkere Öffnung für Hochqualifizierte bzw. Fachkräfte. Einige Länder sind hier schon länger aktiv und verfügen seit geraumer Zeit über entsprechende Steuerungsinstrumente. Das gilt beispielsweise für Großbritannien mit seinem vor einigen Jahren eingeführten Punktesystem, das allerdings schon bald zunehmend umstritten war. Österreich wiederum war lange ein Nachzügler und liegt nun plötzlich ganz vorne mit der Einführung seiner »Rot-Weiß-Rot-Karte«, einem flexiblen, nicht nur an Qualitätskriterien, sondern auch am konkreten Bedarf orientierten Punktesystem. Auch

Deutschland kam in den letzten Jahren durchaus zügig, aber langsamer voran. Geredet wird dauernd von »Willkommenskultur«. Aber wer in Deutschland einwandern will, spürt wenig Willkommen. Wenn man in den USA anfragt, ob Einwanderung erwünscht sei, heißt die Antwort »Ja« - und dann kommt der Hinweis auf knallharte Bedingungen. Wenn man in Deutschland anfragt, heißt die Antwort »Nein« - und dann kommt ein Formular mit schwer durchschaubaren Ausnahmeregelungen. Das ist nicht so sonderlich anziehend für qualifizierte Einwanderer, die andernorts heftig umworben werden.

Früher wurden Einwanderer ins Land geholt, damit sie jene Arbeit machen, die kein anderer erledigen wollte. Heute sieht die Lage anders aus. Brauchen die westeuropäischen Staaten nichtsdotrotz nach wie vor Arbeitskräfte aus dem Ausland?

Ja, und zwar aus zwei Gründen: einerseits wegen des zunehmenden demografischen Wandels, der besonders für Deutschland, mit Abstrichen

aber in anderen europäischen Ländern wegbestimmend ist; andererseits aufgrund des Wandels der Industriegesellschaften zu postindustriellen Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaften, der mit einer verstärkten Nachfrage nach hohen Qualifikationen einhergeht. Unqualifizierte Zuwanderer braucht man dabei kaum; denn es gibt z.B. in Deutschland mehr als genug unqualifizierte Langzeitarbeitslose, die aber lieber von Sozialtransfers und etwas Schwarzarbeit leben, als die in der Tat unqualifizierten, harten und trotzdem nicht gut bezahlten Arbeiten zu übernehmen, für die immer noch Ausländer ins Land geholt werden müssen; denn Deutsche können angeblich keinen Spargel stechen und keine Gurken im Ernteaakkord pflücken, ohne sich sofort krankmelden zu müssen. Hier stimmt etwas nicht im Wohlfahrtsstaat.

Von hoch qualifizierten Fachkräften wie Ingenieuren und Computerspezialisten träumt jedes EU-Land. Wie aber steht es um Billigverdiener? Gerade im Kranken- und Pflegebereich wird in Zukunft noch mehr ausländisches Personal benötigt, damit unser Sozialsystem überhaupt eine Zukunft hat.

Richtig ist, dass Zuwanderung hier kurzfristige Abhilfe schaffen kann und muss angesichts der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen. Das zeigt seit vielen Jahren auch die hohe Zahl von irregulären Pflegekräften bei alten und kranken Menschen, insbesondere aus Polen. Diese dürfen hier zwar mittlerweile auch legal arbeiten, wenn sie die entsprechende Qualifikation haben. Aber viele Pfleger und Patienten wollen das gar nicht, weil die Pflegekräfte dann zu wenig verdienen und die Kranken oder Alten ihre häusliche Pflege trotzdem nicht bezahlen können. Wir brauchen dringend strukturelle Reformen im Pflegebereich, damit eine reguläre ganztägige Betreuung bezahlbar wird und sich für das Personal trotzdem lohnt. Die demografisch stark alternde westeuropäische Gesellschaft kümmert sich viel zu wenig um dieses Kernproblem ihrer Zukunft. (mcfly)

Integrationsdefizite, Meinungsbilder und Lösungsansätze: Klaus J. Bade bezieht Stellung

»Die Folgeschäden der Sarrazin-Debatte sind beträchtlich«

Mit dem deutschen Migrationsforscher Klaus J. Bade sprachen wir auch über folgende Themen.

Die Sarrazin-Debatte hat insbesondere in Deutschland hohe Wellen geschlagen. Welche Schlüsse lassen sich aus diesen ganzen Diskussionen ziehen?

Die sogenannte Sarrazin-Debatte, über die sich Thilo Sarrazin zeitweise selber wunderte, war mehr Medienagitation als Buchdiskussion. Das auf eine Umfrage von Ende 2009 gestützte, im Mai 2010 veröffentlichte Integrationsbarometer des Sachverständigenrates hatte noch verhalten positive Werte gezeigt. Die wichtigste Botschaft war: Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft. Und: Integration gelingt viel besser als das Gezeter der Desintegrationspublizistik über eine angeblich gescheiterte Integration glauben machen will, das im Ausland sowieso niemand versteht. Fraglos vorhandene Integrationsdefizite in be-

stimmten Bereichen sind eher Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Die Sarrazin-Debatte im Sommer und Herbst 2010 führte dann zu deutlichen Stimmungsveränderungen in der Öffentlichkeit und im In- und Ausland bereichsweise zu einer erneuten Verdüsterung des gerade erst aufgehellten Bildes von Integration in Deutschland.

Aber was heißt das konkret? Haben Sie Zahlen dafür?

Ja, das haben wir. Der SVR hat die Stimmungsveränderungen Ende 2010, also nach dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte, in einer zweiten Repräsentativbefragung erfasst. Das Ergebnis: In der Einwandererbevölkerung ist der hohe Anteil der »Integrationsoptimisten« (ca. 22%) um mehr als die Hälfte gesunken (auf ca. 9%). Umgekehrt ist der niedrige Anteil der »Integrationspessimisten« (in Höhe von nur ca. 3,5%) auf fast das Doppelte (6%) gestiegen. Auch in der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund ist der

»Integrationsoptimismus« geschrumpft. Aber in der breiten Mitte der Einwanderungsgesellschaft ist eine in unterschiedlichem Grad aus Enttäuschung, Ernüchterung oder näherer Information geborene nüchtern-pragmatische Differenzierung gewachsen: von rund 20% auf 33% in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Fazit: Die Folgeschäden der Sarrazin-De-

batte sind beträchtlich. Zugleich aber sind die pragmatisch-nüchternen Einschätzungen gewachsen. Die Einwanderungsgesellschaft scheint also informierter, pragmatischer und auch belastbarer zu sein als von vielen politischen Akteuren offenkundig vermutet.

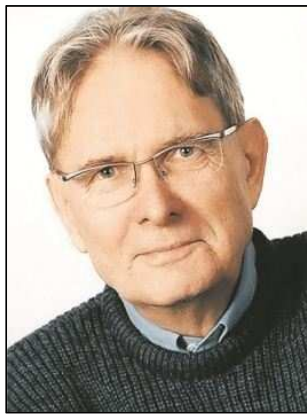
Nicht wenige Experten fordern, dass Themen wie Migration und Integration sachlicher behandelt werden sollen - sprich ohne sentimentale Einwürfe. Bedeutet dies aber nicht automatisch, dass man Zuwanderung auf einen reinen Kosten-Nutzen-Faktor beschränkt? Nach dem Motto: Nur wer uns nutzt, sollte auch dauerhaft hienbleiben dürfen.

Nein, sachlicher zu argumentieren heißt zunächst vor allem, auf der Basis von Fakten und absehbaren Trendentwicklungen differenziert zu argumentieren und nicht mit problematischen Darstellungen Vorurteile zu bestätigen oder neue Ressentiments zu schüren. Das gilt schon für den

Umgang mit Zahlen. Ich kann z.B. sagen: Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist zwischen 2009 und 2010 um 50% gestiegen. Das suggeriert eine kolossale Zunahme, die aber in absoluten Zahlen gar nicht stattgefunden hat. Ich kann nämlich auch berichten, dass es nur um ein Plus von weniger als 14 000 Personen ging, und dass die Gesamtzahl der Asylanträge noch immer geradezu geringfügig ist im Vergleich zu den Hunderttausenden, die es in Deutschland auch schon mal jährlich gab und vor allem im Blick auf die vielen Krisenherde in der Welt.

Für welche Herangehensweise in dieser Materie plädieren sie? Wie können künftige Lösungsansätze aussehen?

Europa muss lernen, in der Migrations- und Flüchtlingspolitik im Rahmen des Möglichen mit einer Stimme zu sprechen. Der Sacro Egoismo der einzelnen Nationalstaaten, die gerade in diesem Bereich auf ihre souveränen Rechte pochen, ist



Migrationsforscher Klaus J. Bade